

## Gefahr im Verzug: Bundesregierung will Deutsche Bahn privatisieren



# Wir lassen uns nicht verkaufen – weder für dumm noch an der Börse!

Mitte Januar 2006 hat Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee ein Gutachten zur Privatisierung der Deutschen Bahn AG vorgelegt. Es zeigt verschiedene Wege einer Privatisierung auf – von einer völligen Loslösung des Schienennetzes von den Transportgesellschaften bis hin zu einem integrierten Börsengang des Konzerns mit Infrastruktur.

Nun sollen die politischen Entscheidungsträger bis Sommer eine Weichenstellung vornehmen. Es ist zu befürchten, dass sich die Große Koalition für eine Trennung von Fahrweg und Betrieb und somit eine Zerschlagung der Deutschen Bahn AG entscheidet.

Hinter den Befürworten einer Trennung von Fahrweg und Betrieb steckt das Interesse deutscher Konzerne, die mit Teilbereichen des Bahnkonzerns gerne eine hohe Rendite erzielen würden, ohne ein Risiko eingehen zu wollen. Es droht Rosinenpickerei und Filetierung der Bahn. Demgegenüber will das Konzernmanagement unter Hartmut Mehdorn aus der bisherigen Staatsbahn einen internationalen Logistikkonzern und Global Player machen, der vor allem vom weltweiten Güterverkehr profitiert und sich immer mehr vom heimischen Schienenverkehr abkoppelt. Mehdorn möchte durch einen „integrierten Börsengang“ vollendete Tatsachen schaffen – frei nach dem Motto „Fressen oder gefressen werden“. Daher der Kauf des US-Logistikers BAX Global für eine Milliarde Dollar und der Versuch, die Hamburger Hafenbetriebsgesellschaft HHLA zu erwerben. Bei einem Börsengang à la Mehdorn würden wohl milliardenschwere DB-Aktienpakete in die Hände US-amerikanischer Investmentfonds gelangen. Mehdorn wurde jedoch durch die Politik ausgebremst. Nun drohen Zustände wie in Großbritannien, wo sich das Netz in staatlicher Obhut befindet und die Transportgesellschaften zu 100 Prozent privatisiert sind – zum Nachteil der Beschäftigten und der Allgemeinheit.

Bei einer Zerschlagung des Bahnkonzerns sind nach Transnet-Angaben rund 50.000 Arbeitsplätze bedroht, weil da-

mit dem derzeit gültigen Beschäftigungs-sicherungsvertrag die Grundlage entzogen wäre. Allerdings kämen auch bei einem integrierten Börsengang von „nur“ 49,9 Prozent die Interessen der Beschäftigten unter die Räder. Schon jetzt beklagen die Gewerkschaften in der Tarifrunde für Transfracht „Heuschreckenmentalität“ – noch bevor die Eigentümer, die HHLA und Stinnes/DB, materiell privatisiert worden sind. Seit Jahren wird



im Vorgriff auf einen Börsengang Kahl-schlag betrieben. Laut Gutachten würde der Bund bei einer Teilprivatisierung stets „im Interesse aller Aktionäre“ handeln. Diese würden schnell auf mehr Kostensenkung drängen und verlangen, dass sich der Konzern von seinem „Job-Service“ und von den noch zahlreichen ehemaligen Bundesbahnern mit Beamtenstatus trennt.

Als Reaktion auf eine drohende Zerschlagung des DB-Konzerns haben die Vorsitzenden von Transnet und GDBA mit Streiks während der Fußball-Welt-

meisterschaft gedroht. Doch dann relativierte ein Transnet-Sprecher die Streikdrohung: „Wir wollen nicht von vornherein die Weichen auf Streik stellen“. Vage Streikdrohungen ohne konsequentes Handeln sind aber sinnlos und kontraproduktiv. „Papiertiger“ werden von Unternehmensleitung und Politik nicht ernst genommen. Schon im Expo-Jahr 2000 wurde der angekündigte Streik in letzter Minute abgeblasen.

### Den Streikdrohungen müssen Taten folgen

Wir müssen uns auf die unvermeidlichen Auseinandersetzungen vorbereiten. Privatisierung bringt so oder so einen Generalangriff auf unsere Interessen. Ein Streik könnte ein hervorragendes Druckmittel und ein starkes Signal an die Arbeiterbewegung in aller Welt sein. Streiks müssen der Wirtschaft auch „wehtun“. Vor dem unvermeidlichen Trommelfeuer von Bahn-Management, Politik, Wirtschaft und Medien dürfen wir nicht zurückschrecken.

Ein Streik gegen die Zerschlagung der Bahn AG braucht weitergehende Perspektiven. Sollen wir den Kopf nur hinhalten, um statt einer Filetierung der Bahn einen Börsengang im Sinne von Mehdorn durchzusetzen? Stellt sich uns nur die Wahl zwischen britischen Zuständen und dem Verkauf milliardenschwerer Aktienpakete an US-Investoren? **„Keine einzige Bahnaktie soll in private Hände gelangen“**, hatte der Vertreter der britischen Bahngewerkschaft TSSA beim Transnet-Gewerkschaftstag 2004 empfohlen. Britische Gewerkschaften und Labour Party fordern inzwischen die Wiederverstaatlichung der Bahnen. In den letzten Jahren haben wir auf dem Altar der Börsenfähigkeit Lohnopfer gebracht und eine Arbeitszeitverlängerung sowie Urlaubskürzung geschluckt. Doch der massive Arbeitsplatzabbau geht weiter. Das Mehdorn-Management verkaufte 2005 profitable Tochterunternehmen wie die Deutsche Touring GmbH, die DERG und die Scandlines.

### Bahn von unten online

**Schütze Deine Bahn** ... vor der Zerschlagung und Privatisierung, vor "Heuschrecken"- Investoren und vor privatisierungswütigen Managern und Aufsichtsräten. **Zehn Fragen – zehn Antworten.** **Wo bleiben die Vorbereitungen auf den Streik?** Offener Brief an den TRANSNET-Hauptvorstand.

**"Interview"(\*) mit Norbert Hansen:** "Wer nicht kämpft hat schon verloren" **Neues Gutachten für „Plan B“ muss her!** Alles auf [www.bahnvonunten.de](http://www.bahnvonunten.de)

Dies zeigt: Auch Mehdorn ist kein Garant für einen einheitlichen Bahnkonzern.

## Von den Hafenarbeitern lernen

Dass eine kämpferische Strategie erfolgreich sein und die Politik unter Druck setzen kann, haben im Januar 2006 die europäischen Hafentarbeiter mit ihrem Kampf gegen die europäische Hafengerichtlinie (Port Package II) unter Beweis gestellt. Weil sie europaweit alle Kräne still stehen ließen, entschied sich eine breite Mehrheit des Europaparlaments gegen die Vorlage der EU-Kommission. Demgegenüber wurde die Liberalisierung der europäischen Eisenbahnen vom Europaparlament und den Verkehrsministern Ende 2005 sang- und klanglos verabschiedet. Wenn 10.000 deutsche Hafentarbeiter durch kämpferische Aktionen politische Entscheidungen kippen können, dann könnten 250.000 deutsche Eisenbahner dies noch viel besser.

Die Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen bei Post und Telekom zeigen, was auch nach einem Börsengang der Bahn droht. Beide sind hochprofitable „Global Player“. Die Post zieht sich immer mehr aus der flächendeckenden Versorgung zurück. Die Arbeitsbedingungen haben sich zunehmend verschlechtert. Der Telekom-Vorstand will konsequent „ältere“ Arbeitskräfte und vor allem Beamte loswerden.

Es ist auch kein Naturereignis, dass „Europa“ uns zwingt, drauf los zu liberalisieren und zu privatisieren. Deutschland hat Gewicht und kann die Politik der EU entscheidend beeinflussen. Im Frühjahr 2005 lehnte das Volk von Frankreich und den Niederlanden mit klarer Mehrheit den europäischen Verfassungsentwurf ab. Dies war ein Votum gegen den Neoliberalismus. In Frankreich spielte die Gewerkschaft CGT dabei eine zentrale Rolle. Beim letzten Transnet-Gewerkschaftstag bekam der Vertreter der CGT starken Beifall, als er sich gegen Liberalisierung und Privatisierung aussprach. Jetzt dürfen wir die französischen Kollegen im Kampf gegen Privatisierung nicht alleine lassen.

Wenn Finanzminister Steinbrück acht bis 14 Milliarden Einnahmen auftreiben will, soll er dafür nicht die Bahn verschern. Durch Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, die Rücknahme der Steuersenkungen für Konzerne, Reiche und Superreiche und ähnliches könnte die Bundeskasse ein Vielfaches einnehmen – Jahr für Jahr.

**Unser nächstes Arbeitstreffen  
10. Juni 2006 - Fulda**

## Was nun?

- Wir appellieren an die **Vorstände der Bahngewerkschaften**: Positioniert euch endlich klar gegen Privatisierung und Börsengang und bereitet mit aller Kraft einen Arbeitskampf vor! Schenkt der Basis reinen Wein ein und beginnt mit der notwendigen Aufklärung und Mobilisierung!
- Wir appellieren an den **Transnet-Vorstand**: Bekennt Euch zu den Beschlüssen des Magdeburger Gewerkschaftstages im November 2000! Dort hatten die Delegierten einstimmig beschlossen: „Für die Erhaltung einer einheitlichen, flächendeckenden und bundeseigenen Bahn im Interesse der Beschäftigten, der Umwelt und der Kunden. Kein Börsengang! Kein Ausverkauf – weder an ausländische noch an inländische Kapitalgruppen!“
- Wir appellieren an **GDBA und GDL**: Steht endlich zu der fundierten Kritik, die ihr Anfang der 90er Jahre an der Privatisierung der Staatsbahn geäußert habt. Mit der Parole „Gemeinwohl statt Privatisierung“ hat sich die GDL viele Sympathien erworben. Doch inzwischen haben sich auch die Vorstände von GDL und GDBA für einen Börsengang ausgesprochen. Das vom Deutschen Beamtenbund 1993 vorgelegte Alternativmodell einer modernen Staatsbahn als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) zeigt, dass es Alternativen zum Ausverkauf gibt. Man muss nur wollen. Leider ist dieses Modell völlig in der Versenkung verschwunden. Bekennt Euch endlich dazu!
- Wir appellieren an die **sozialdemokratischen Eisenbahner**: Lasst nicht zu, dass eine Regierung Merkel/Müntefering die Bahn ganz oder teilweise den „Heuschrecken“ zum Fraß vorwirft.
- Wir appellieren an **die drei Bundestagsabgeordneten aus der Transnet**: Kämpft im Sinne der Magdeburger Beschlüsse von 2000 mit voller Kraft gegen jede Form von Privatisierung und Zerschlagung und setzt die Abgeordneten in der eigenen SPD-Fraktion und in der Koalition unter Druck. Lasst euch nicht unter „Fraktionszwang“ setzen und vor den Karren der Privatisierungslobby spannen.
- Wir appellieren an die **gewerkschaftlich engagierten Bundestagsabgeordneten**: Widersetzt euch dem Druck der neoliberalen Wortführer und zieht die Notbremse im Privatisierungszug. Lasst euch nicht mit dem von Margaret Thatcher in die Welt gesetzten Totschlagsargument betäuben: „Es gibt keine Alternative.“ Wir brauchen ein neues Gutachten, das verschiedene Varianten einer demokratisierten Staatsbahn zum Wohle der Beschäftigten und der Allgemeinheit aufzeigt. Dafür sind u.a. Beschäftigte und Gewerkschafter aus allen Bereichen des Bahnkonzerns, Fachleute und ausgewiesene Privatisierungskritiker aus dem In- und Ausland hinzuzuziehen.
- Wir appellieren an **alle Eisenbahner**: Mischt euch ein und sprecht mit Kolleginnen und Kollegen über den notwendigen Widerstand gegen Privatisierung und Zerschlagung! Sucht die Betriebsräte auf und beurteilt die Betriebsratskandidaten danach, ob sie zum Widerstand gegen die Privatisierung bereit sind.
- Wir rufen die **Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten** der DB AG und der Tochtergesellschaften auf: Widersetzt euch endlich dem Druck der Privatisierer und sagt zu allen anstehenden Entscheidungen gegen die Interessen der Beschäftigten konsequent „Nein“.
- Wir appellieren an alle **Bahnbenutzer, Privatisierungsgegner, sozial und politisch engagierte Menschen und Globalisierungskritiker**: Unterstützt unseren Kampf! Tut alles was ihr könnt, um die öffentliche Meinung und das politische Klima zu beeinflussen und die neoliberale Ideologie der Privatisierungslobby zurückzudrängen.
- Wir sind gegen jede Form von Privatisierung und Zerschlagung der Bahn und **für eine moderne demokratisierte Staatsbahn. Fahrweg und Betrieb gehören zusammen. Das Netz muss in staatlicher Hand bleiben – und der gesamte Betrieb dazu.** Wir lassen uns nicht auf die Scheinalternative „Britische Zustände oder amerikanische Heuschrecken“ ein.